

An die Vorsitzenden  
des Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschusses  
und des Finanzausschusses

Kreisverwaltung  
41460 Neuss

Dienstag, 12. Februar 2021

## **Antrag für die Sitzung des Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschusses am 25.02.2021 sowie des Finanzausschusses am 11.03.2021**

### **Klimaschutz ernst nehmen - in die Zukunft investieren**

Sehr geehrter Herr Markert, sehr geehrter Herr Schmitz,

vor dem Hintergrund der großen klimapolitischen Herausforderungen möge der Kreistag mit Blick auf den Haushalt 2021 und die Folgejahre beschließen:

1. Der Rhein-Kreis Neuss beantragt für die Jahre 2021/2022 beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit im Rahmen der „Komunalrichtlinie“ Fördermittel für die Erstellung eines kreisweiten Klimaschutzkonzeptes und stellt den erforderlichen Eigenanteil für 2021/2022 zur Verfügung.
2. Dem Ziel folgend, als Institution Rhein-Kreis Neuss bis 2030 klimaneutral zu werden, werden investive Mittel für folgende konkrete Maßnahmen in den Haushalt zusätzlich eingestellt:
  - a. für alle Dächer von Kreisgebäuden werden Photovoltaik-Anlagen vorgesehen, soweit von der Statik und Ausrichtungen sinnvoll;  
HH-Ansatz für 2021 und Folgejahre – zusätzlich 140.000 €;  
die Verwaltung wird beauftragt, weitere diesbezügliche Dachflächen und Kosten zu ermitteln

- b. darüber hinaus werden beginnend mit dem HH-Jahr 2021 auch Photovoltaik-Anlagen auf Parkplätzen des Rhein-Kreis Neuss errichtet; konkret werden für die Parkplätze der BBZ Grevenbroich und Neuss-Hammfeld Planungskosten in Höhe von zusammen € 50.000 in den HH 2021 eingestellt; in den Folgejahren werden die erforderlichen Baukosten bis zur Realisierung an allen in Betracht kommenden Standorten eingestellt.
- c. alle Heizungsanlagen und Warmwasseranlagen werden zeitnah auf Alternativen zu fossilen Energieträgern geprüft und bis 2030 umgestellt; HH-Ansatz jährlich – zusätzlich 200.000 €
- d. alle kreiseigenen Gebäude werden bis 2030 energetisch optimiert HH-Ansatz jährlich – zusätzlich 500.000 €
- e. In künftigen Haushaltsentwürfen werden alle Maßnahmen zum Klimaschutz als Anhang zusammengefasst dargestellt.

### **Begründung:**

Die Bewältigung bzw. Eindämmung der fortschreitenden Erderwärmung ist wohl eine der größten und wichtigsten und wichtigsten Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft. Gemeinsam müssen wir uns dieser Verantwortung noch stärker als bisher stellen. Dabei kommt dem Rhein-Kreis Neuss als einem europaweit bedeutenden fossilen Energiestandort besondere Verpflichtung zu. Zum Gelingen eines nachhaltigen Strukturwandels ist der wahrnehmbare Vorbildcharakter unverzichtbar. Die zu begrüßenden Aktivitäten – erste neue PV-Anlagen wurden ja beispielsweise bereits geplant und auf Kreisgebäuden installiert – reichen im Sinne einer wirklichen Klimaneutralität des Rhein-Kreises bis 2030 nicht aus. Es braucht ein weitreichendes und schlüssiges Gesamtkonzept und es müssen unmittelbar deutlich mehr Mittel für den Klimaschutz in den aktuellen und die zukünftigen Haushalte eingestellt werden.

Die im Antrag genannten Mittel wirken sich als investive Mittel weder auf den Ergebnishaushalt noch auf die Kreisumlage 2021 aus. Bezogen auf den jahrzehntelangen Lebenszyklus von Gebäuden rechnen sich die vorgeschlagenen Mittel in kurzer Zeit und tragen zudem zum Werterhalt der Gebäude bei.

Im Bereich der energetischen Sanierung trägt eine Dachbegrünung – idealerweise im Verbund mit einer PV-Anlage – nicht nur zur Kühlung des Gebäudes bei. Sie erhöht eben auch die Lebensdauer der Dächer deutlich, senkt die Abwassergebühren und fördert die Effektivität einer PV-Anlage.

PV-Anlagen tragen zur Eigenstromversorgung bei und senken so die Energiekosten. Investitionen in klima- und umweltfreundliche Gebäude verringern schließlich die in Zukunft deutlich steigende Aufwendungen für CO<sub>2</sub>-Kompensationsleistungen – unmittelbar bezogen auf die Verbräuche und indirekt bezogen auf die „graue Energie“ etwa bei den Baustoffen.

### Vertiefende Explikation am Beispiel der Photovoltaik-Anlagen auf Parkplätzen:

Die Überdachung von Parkplätzen mit Photovoltaikanlagen bringt einen doppelten Nutzen. Neben der umweltfreundlichen Stromerzeugung für den Eigenstrombedarf sind die darunter abgestellten Fahrzeuge vor Witterungseinflüssen wie Regen und Sonneneinstrahlung geschützt. Zudem kann die Anlage auch für den Betrieb einer Ladestation für E-Autos, Pedelecs und E-Bikes genutzt werden. Die beiden Parkplätze der Berufsbildungszentren Grevenbroich und Neuss Hammfeld sind gut geeignet für die Installation einer Pilotanlage. Da auf diesen beiden Schulen auch die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach geplant ist, könnte die Planung der Anlagen auf dem Parkplatz gleich mit beauftragt werden.

Bei Installation einer gleich großen Fläche wie die auf dem Dach vorgesehenen Anlagen würde sich der Anteil an der Eigenstromversorgung beim BBZ Grevenbroich von bisher 15% auf 30%, beim BBZ Neuss Hammfeld von 12,3% auf 25% erhöhen – mit entsprechenden Effekten bei der CO<sub>2</sub>-Einsparung.

Die Bergische Universität Wuppertal verfügt über eine Photovoltaikanlage auf dem uneigenen Parkplatz am Campus Freudenberg. Die erzeugte Energie wird ins hochschuleigene Verteilnetz gespeist und ist mit acht Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge verbunden (vgl. Link: [uni-wuppertal.de](http://uni-wuppertal.de)).

Die Landesregierung von NRW plant in der Novelle der Landesbauordnung, dass ab 2022 alle neuen Parkplätze mit mehr als 25 Stellplätzen mit einer Photovoltaik- oder Solaranlage versehen werden müssen. Auch auf den vorhandenen Parkplatzflächen gibt es noch große Flächenpotenziale für die Erzeugung von Solarstrom. Der Rhein-Kreis Neuss könnte hier eine Vorreiterrolle im Klimaschutz übernehmen und ggf. auch Vorbild für gewerbliche und private Investoren mit großen Parkplätzen sein.



Abbildung 1: Fotonachweis: „Solar Car Park Constructed by PV Structures, at Castle Plaza Shopping Centre in Edwardstown South Australia.“ von Flickr02 lizenziert unter CC BY-SA 4.0 (unverändert)

Zusammenfassend ist zu sagen, dass alle vorgeschlagenen Maßnahmen nach der Amortisationsdauer künftige Haushalte des Kreises deutlich entlasten werden.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch, Fraktionsvorsitzen-  
der (SPD)



Simon Rock,  
Fraktionsvorsitzender (Grüne)